

Manchmal wird man doch gehalten sein, hier korrigierend einzugreifen, aber das möchte ich dann tun, wenn wir zu einer Aussprache überleiten. Liebe Frau Köhler, ich darf Sie gleich bitten, daß Sie Ihr Referat halten; ich wäre dankbar, wenn Sie sich auch an den Zeitrahmen hielten. Also ich gehe davon aus, daß Sie bis 11.30 Uhr sprechen. Bitteschön.

**Dr. Anne Köhler:** Ja, Herr Vorsitzender, ich hoffe, man kann bis hinten die Folien erkennen, sonst müßten wir noch ein bißchen weiter zuschließen, damit es etwas dunkler wird. Ich schließe jetzt auch unmittelbar an meine Vorredner an und konzentriere mich auf Wunsch des Veranstalters vor allem auf die DDR-Vergangenheit, also auf die Wahrnehmungsmuster der Deutschen in der DDR. Ergänzend dazu behandle ich dann einige Einstellungsmuster der Bundesdeutschen gegenüber der DDR und schließe dann mit Daten im Rückblick bzw. in der Vorausschau auf die Zukunft mit Status 1993. Sie werden dann heute Nachmittag in der 3. Veranstaltung aktuelle Daten vorgetragen bekommen zur gegenseitigen Sicht der Deutschen Ost und West, Weiterwachsen von Stereotypen und wie damit umzugehen ist. Mit meinen heutigen Ausführungen schließe ich unmittelbar an den von mir erstellten Enquete-Bericht „Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage“, den ich schon 1994 vorgelegt habe, an.

Zunächst zum Thema DDR. Infratest hat schon vor dem Mauerbau bis 1961 Befragungen durchgeführt, also Flüchtlingsbefragungen, die dem Thema DDR gewidmet waren. Das wurde dann mit dem Bau der Mauer zwangsläufig eingestellt. 1968 begann dann Infratest mit einem kontinuierlichen DDR-Forschungsprogramm, das von 1968 bis 1990, das heißt bis zur Einstellung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, lief und dann mit der Auflösung des Ministeriums eingestellt wurde. Dieses Programm lief da in halbjährlichen bzw. jährlichen Erhebungsintervallen. Die Materialien und die Erkenntnisse, die aus diesem Forschungsprogramm gewonnen wurden, waren aber Verschlusssache, sie waren einem ganz kleinen Kreis zugänglich, primär dem Bundeskanzleramt, partiell dem Berliner Senat. Ansonsten war das ein Material, das nicht an die Öffentlichkeit gelangte und eigentlich mehr dazu dienen sollte, daß man die bundesdeutsche Politik auch im Hinblick auf die Resonanz in der DDR-Bevölkerung konzipieren konnte. Wir hatten also in diesem Programm stets kontinuierliche Basisfragen zum politischen Interesse, zur Beurteilung der Lebensverhältnisse, zu Statistikfragen usw. Dann haben wir aktuelle Themen der bundesdeutschen bzw. der innerdeutschen Politik behandelt und in einem dritten Komplex Schwerpunktthemen wie z. B. Jugend in der DDR, Frauen in der DDR oder Freizeit und Beruf.

Die Methoden dieser Infratest-DDR-Forschung habe ich bereits ausführlich in dem erwähnten Enquete-Bericht dargelegt. Ich bin aber gebeten worden, hier noch einmal kurz einige Hinweise zu geben, weil der wahrscheinlich nicht allen gegenwärtig ist. Es handelte sich bei diesem Programm zunächst um standardisierte Besucherbefragung. Wir haben also keine DDR-Bürger direkt befragt, denn Sie wissen ja, in die Bundesrepublik kamen nur Rentner oder aus-

gesuchte Personen, die aber keinen repräsentativen Überblick erlaubten, und so haben wir uns ein Stellvertreter-Forschungsmodell überlegen müssen, das wir dann im Laufe der Jahre weiterentwickelt haben. In dieses Modell haben wir dann eine Form der kombinierten teilnehmenden Beobachtungen eingebaut, die indirekte Befragung. Es wurden DDR-Besucher befragt, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums, in den letzten zwei Monaten, damit die Erinnerung noch recht frisch war, in der DDR gewesen waren und die sich dort mindestens drei Tage aufgehalten hatten. Die soziostatistische Struktur der befragten westdeutschen Besucher wurde anhand von repräsentativen bundesdeutschen Kontrollenerhebungen zur Struktur der DDR-Besucher überprüft, und die Befragungen erfolgten mündlich, wobei wir da in zwei Ebenen vorgegangen sind. Die erste Ebene umfaßte Auskünfte der DDR-Besucher zur eigenen Einstellung und zu Eindrücken, die sie in der DDR gesammelt hatten, sowie zu aktuellen politischen Fragen. Mit diesem ersten Teil wollte man auch Projektionen der Befragten ausschließen bei dem zweiten Teil der Auskünfte, die man dann über eine Person in der DDR einholte, die wir als Person X bezeichneten und über die der DDR-Besucher zu Einstellungen, Meinungen, Verhaltensweisen usw. Auskunft gab. Aufgrund der zusätzlichen statistischen Daten dieser Person X konnten wir dann über die amtliche Statistik eine Gewichtung vornehmen und zu repräsentativen Wertungen gelangen. Im Schnitt wurden 1.200 Interviews im Jahr durchgeführt, in dem gesamten Erhebungszeitraum ca. 27.000 Interviews, also es ist eine sehr breite Basis. Und ergänzt wurden diese Erhebungen durch Dokumentationen, also durch Sekundärauswertungen vorliegender Datenmaterialien, ferner durch Gespräche mit DDR-Experten sowie durch Besuche der DDR seitens der Projektverantwortlichen. Wir sind also auch selber in die DDR gefahren, zu unserer Verwunderung hat man uns auch immer wieder rausgelassen. In Gruppendiskussionen wurde mit Besuchern der DDR im Vorfeld regelmäßig abgeklärt, welche Themen zur Zeit jeweils aktuellen Gesprächsstoff bei DDR-Besuchen bildeten, und dann wurden diese ganzen Materialien zu Analysen verknüpft und durch Kontrolluntersuchungen noch einmal auf Relevanz überprüft. Sofort nach der Wende haben wir damit begonnen, eigenständige repräsentative Direktbefragungen vorzunehmen und konnten – auch unter Zuhilfenahme von Sekundärauswertungen – feststellen, daß wir mit diesen Materialien tatsächlich ein verallgemeinerungsfähiges und inhaltlich verbindliches Material gewonnen hatten. Das war über 22 Jahre hinweg eine doch recht informative Informationsquelle für die Regierungen, die ja in dem Zeitraum zwischen 1968 und 1989 wechselten. Wenn Sie Genaueres über die Methode wissen wollen, die eben sehr komplex ist, können Sie dieses ausführlich nachlesen in dem Enquete-Bericht.

Ich möchte dann auch schon gleich zu empirischen Daten aus diesem Material übergehen und Ihnen zunächst einmal einen Basiswert vorstellen, den wir zusammengefaßt haben für die ersten 11 Jahre 1968 bis 1978 und dann wiederum für eine Dekade von 11 Jahren von 1979 bis 1989: das ist die Beurteilung der allgemeinen Lebensbedingungen in der DDR durch die DDR-Bewohner. Sie sehen, daß schon in den siebziger Jahren, als aus Sicht der westdeutschen Po-

litik und auch der westdeutschen Medien die Gesamtsituation in der DDR noch vergleichsweise positiv betrachtet wurde, nur ein gutes Viertel der DDR-Bewohner diese Lebensbedingungen mit sehr gut oder gut bewertete, ein Großteil, also über die Hälfte, 57 %, mit mittelmäßig und 15 % mit schlecht. Vergleichsmaßstab, wir haben das schon in den anderen Ausführungen gehört, war für die Ostdeutschen stets die Bundesrepublik, von daher relativierte sich ihre eigene Situation. In den achtziger Jahren haben wir einen deutlichen Rückgang in der Akzeptanz der Lebensbedingungen. Wir haben da einen Wert von 29 %, die mit schlecht urteilen, insgesamt über 80 %, die die Lebensbedingungen als mangelhaft empfinden. Im letzten Jahr 1989, das ist hier mit eingegangen, hatte es sich noch einmal verschlechtert, da hatten wir dann einen Wert von 14 % für sehr gut/gut, 40 % für mittelmäßig und 37 % für schlecht. Wobei für diese Lebensbedingungen nicht nur die Konsumversorgung stand, sondern die Gesamtbefindlichkeit der DDR-Bevölkerung.

Selbstverständlich ist die Bewertung sehr stark abhängig gewesen von der Systemidentifikation, also inwieweit man sich als Anhänger des Systems verstand oder als Gegner. Aber die große Masse, also über 80 %, hat entsprechend kritisch reagiert. Als Resultat bleibt festzuhalten, über Jahrzehnte hinweg, und zwar seit Beginn unserer Forschung, haben rund 90 % der DDR-Bevölkerung die besseren Lebensbedingungen in der Bundesrepublik gesehen; dies ist ein Ausdruck der starken Orientierung auf die Bundesrepublik. Lediglich die engen Systemanhänger, die also voll überzeugt waren, fanden zu 40 % die Verhältnisse besser in der DDR. Aber immerhin 20 % selbst dieser überzeugten Gruppe sahen die besseren Verhältnisse in der Bundesrepublik gegeben, 40 % sahen keinen Unterschied zwischen Ost und West. Doch die ganz große Mehrheit war über die Jahrzehnte hinweg voll auf die Bundesrepublik fixiert.

Im Kontext dieser Grundeinstellung wollten bereits Ende der 70er Jahre zwei Drittel der DDR-Bevölkerung lieber in der Bundesrepublik leben. Das gilt auch für die jüngere Generation, wenn auch nicht in ganz so ausgeprägtem Maße. In der Regel haben sich die Einstellungen der Jugendlichen dann mit dem Eintritt ins Berufsleben zugunsten der Bundesrepublik verändert. Lediglich Systemanhänger nahmen davon Abstand und ein Teil der älteren Bevölkerung, der sich einen Wohnortwechsel nicht mehr vorstellen konnte in seinem Alter und sagte, er wolle lieber in der DDR bleiben.

Die DDR-Bürger kannten allerdings die Bundesrepublik nur zum aller kleinsten Teil aus eigener Anschauung. Vor 1986 hatten lediglich 2 % der jüngeren Generation, also der 14 bis 29-jährigen, die Bundesrepublik schon einmal besucht und 18 % der mittleren Generation; Genehmigungen waren damals bekanntlich sehr schwer zu bekommen. Die 50-jährigen und Älteren bildeten das Gros der Besucher Westdeutschlands. Das hat sich dann gebessert Mitte der achtziger Jahre, als die Genehmigungen für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten ausgeweitet wurden. Der Anteil steigt dann deutlich an. Gerade bei den Jüngeren hat er sich 1987 deutlich verdoppelt, und in 1988 hatten wir dann schon einen Anteil von 47 % der Gesamtbesucher von Westdeutschland

unter 50 Jahren, 53 % waren über 50 Jahre alt. In absoluten Zahlen: Von den je 2,7 Millionen Besuchern in den Jahren 1987 und 1988 gehörte fast die Hälfte den jüngeren und mittleren Jahrgängen an.

Man hatte mit diesen Besuchen versucht, ein Ventil zu schaffen, weil die Vorstellung bestand, daß nur dieses Eingesperrtsein, die fehlenden Reisemöglichkeiten, den Unmut der DDR-Bevölkerung ausgelöst hätten. Aber die Reisen haben sich dann praktisch kontraproduktiv entwickelt. Mit dem Besuch der Bundesrepublik wurde meistens die vordergründige Sicht der Bundesrepublik als eine Art Schlaraffenland noch verstärkt, und der Anteil derer, die einen Übersiedlungsantrag stellten, stieg massiv. Im Grunde hat sich mit dieser Erweiterung der Besuchsgenehmigungen die Auflösung in der DDR-Bevölkerung deutlich verstärkt.

Wegen der geringen Möglichkeiten zum eigenen Besuch waren die DDR-Bewohner natürlich sehr stark an Informationen über die Bundesrepublik interessiert, einmal über das Fernsehen, das die bevorzugte Informationsquelle wird, und, mit Ausnahme von zwei regional schlecht versorgten Gebieten, die große Masse der DDR-Bürger erreichte; der Hörfunk spielte da eher eine untergeordnete Rolle. Zum anderem aber waren persönliche Kontakte und Erzählungen über das Hörensagen sehr gefragt. Im Vordergrund dieser Informationswünsche standen die persönlichen Lebensbedingungen der Bundesbürger. Man wollte wissen, wie es da im Detail so zugeht, wie die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsbedingungen aussehen. Für politische Fragen interessierte sich eigentlich nur eine Minderheit, und auch kulturelle Fragen sind auf die formal besser gebildeten Schichten beschränkt gewesen. Die Gesamtfixierung auf die Bundesrepublik ging 1973 mit einer starken Überbewertung der Verhältnisse im Detail im Westen einher. Wir haben hier Vergleiche machen lassen, ob bestimmte Verhältnisse eher in der DDR realisiert sind oder eher in der Bundesrepublik, und daraus einen Index gerechnet. Vier Positionen waren Anfang der siebziger Jahre, als die DDR sich im Aufbruch befand, ganz eindeutig Domänen der Bundesrepublik: Ausreichende Versorgung mit Konsumgütern, persönliche Freiheit, leistungsfähige Wirtschaft, Schutz der Umwelt. Auch die wirtschaftliche und die soziale Sicherheit wurden als besser in der Bundesrepublik bewertet. Aussichten auf bessere Lebensbedingungen wurden, trotz der starken Betonung dieses Aspekts in der DDR, ebenfalls eher der Bundesrepublik zugerechnet. Arbeitsbedingungen, Freizeit und Erholung sah man in der Bundesrepublik und in der DDR als ziemlich gleichwertig. Das hat sich dann in der Zwischenzeit von 1973 auf 1989 stark verändert. Es ist praktisch die Einschätzung der Bundesrepublik insgesamt hochgegangen. Vor allen Dingen gilt das für die leistungsfähige Wirtschaft, für die Umwelt, die ja in der DDR wenig Aufmerksamkeit fand, auch für die Freizeitverhältnisse, die deutlich besser beurteilt werden im Westen, ferner die Gesamtaussichten auf bessere Lebensbedingungen, die ganz eindeutig im Vergleich zur Einschätzung in 1973 noch einmal eklatant angestiegen sind. Vorteile in der DDR sah man vor allen Dingen im Schutz vor Kriminalität und im Miteinander der Menschen, die ja doch im sozialen und Gemeinschaftsbereich viel stärker aufeinander an-

gewiesen waren, als das für die Bundesbürger galt. Das Thema Kriminalität im Westen ist sehr stark durch das Fernsehen propagiert worden, angefangen mit der Sendung XY-Unbekannt und diversen anderen Beiträgen, die die Bundesrepublik noch etwas schlimmer zeichneten, als das der Westbürger empfand. Die Furcht vor der Kriminalität sieht inzwischen wieder ganz anders aus, nachdem die neuen Bundesländer hohe Kriminalitätsraten haben. Die Sicherheit der Arbeitsplätze wurde schon 1989 als eindeutiger Vorteil der DDR gewertet, und die Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander wurde auch noch stärker hervorgehoben als 1973. Wir haben also, wenn wir das zusammenfassend darstellen, eine vergleichsweise unbedarfte bzw. unkritische Bewertung der in der Bundesrepublik gegebenen Anforderungen und Lebensbedingungen durch die DDR-Bürger, die im Moment der Wende durch das Kanzlerwort von den blühenden Landschaften und daß es künftig keinem schlechter gehen werde als bisher, scheinbar bestätigt wird. Die DDR-Bewohner gehen somit mit Erwartungen in das vereinte Deutschland, die zwangsläufig nicht einlösbar waren. Bereits im Herbst 1990 (wir haben dann sofort mit Direkterhebungen angefangen) zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung hatte sich das schon etwas gewandelt. Zwar hat man nach wie vor Wirtschaft, Lebensstandard, Umweltschutz, persönliche Freiheit und auch das politische System sowie Schutz vor staatlicher Willkür noch als eindeutige Vorteile der Bundesrepublik angesehen, aber bereits bei den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten hat im Rückblick die DDR aufgeholt, und die soziale Absicherung haben 72 % der Ostdeutschen dann schon als einen besonderen Vorteil der DDR erkannt. Das Miteinander-Umgehen der Menschen, da hat sich nichts geändert, Fürsorge des Staates für den einzelnen, auch das empfand man als eher in der DDR gegeben, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Betreuung von Kindern: das waren die großen Zielsetzungen, die ja in der DDR tatsächlich in breitem Maße realisiert worden sind. Auch sie galten 1990 als besondere Vorteile der DDR.

Jetzt möchte ich Ihnen noch einen kurzen Rückblick geben auf die Westdeutschen. Wir hatten schon vorhin Zahlen gehört zu den Reisefrequenzen der Westdeutschen. So hatten im Jahre 1985, aus diesem Jahr habe ich Daten, 64 %, also zwei Drittel der Bundesdeutschen, die DDR noch nie besucht. Das war immerhin vier Jahre vor der Wende. 25 % hatten die DDR besucht, 19 % Berlin. Beides zusammen addiert sich aber lediglich auf 36 %, weil wir da Mehrfachbesuche haben, also sowohl in die DDR als auch nach Ostberlin, die sich dann überschneiden haben. Von diesem guten Drittel waren 15 % nur einmal in der DDR bzw. Ostberlin. Das waren in der Regel Tagesaufenthalte in Ostberlin, wo man also auch nur einen sehr vordergründigen Eindruck erreicht hat, weitere 12 % zwei bis vier Mal. Aber die regelmäßigen DDR-Besucher umfaßten lediglich 9 %, das sind ungefähr 6 Millionen. Das war eigentlich der harte Kern, wobei 61 % Verwandten- und Bekanntenbesucher waren, 35 % als Touristen in die DDR oder nach Ostberlin gefahren sind und nur 4 % aus beruflichen Gründen. Gegen Gründe, in die DDR zu reisen, waren die Angst vor Schikanen bei Grenzübertritt und Kontrollen, das deprimierende Umfeld in der

DDR, der fehlende Komfort in den Hotels und Übernachtungsstätten; die DDR erschien den Bürgern der Bundesrepublik als nicht sehr attraktiv. Das bestätigt sich auch in einem Sympathiespiegel, für den wir 10 ausgewählte, bewußt unterschiedliche Länder vorgelegt haben, um festzustellen, wie die DDR gesehen wird. An der Spitze standen damals immer die Schweiz – heute ist das vielleicht ein bißchen anders – und Österreich, dann folgten Schweden, Frankreich, die USA. Lediglich hier haben wir eine Diskrepanz zwischen den Leuten, die die DDR schon besucht hatten, und der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik. England und Jugoslawien stehen noch vor der DDR, und selbst Polen wurde etwas besser bewertet als die DDR. Die DDR-Besucher selber urteilen zwar mit 0,0, also mit einem neutralen Wert, positiver als die Gesamtbevölkerung mit -0,4 %, aber im Grunde steht die DDR an vorletzter Stelle in der Skala. Das sieht etwas anders aus, wenn man in einer Nachfrage, wie wir das getan haben, klärt, ob die Befragten eher an das System gedacht haben bei ihrer Bewertung oder eher an Land und Leute. Das System wird mit -1,6 ganz eklatant abgelehnt, während Land und Leute mit +2,0 deutlich positiver beurteilt werden, aber dennoch mit 2,0 eher einen Mittelplatz einnehmen, das heißt in der Rangfolge wie die USA rangieren hinter Ländern wie Schweiz, Österreich, Schweden und Frankreich. Das Gesamtinteresse an der DDR war bei den Bundesbürgern sehr stark abhängig von aktuellen Ereignissen. In der Regel interessierte sich rund ein Drittel für Themen aus der DDR. Überdurchschnittlich – auf besondere Nachfrage – war das Interesse am Alltagsleben in der DDR, an der politischen Situation und dann auch an Städten und Landschaften. Arbeitsbedingungen und Jugend in der DDR folgten erst an hinterer Stelle, aber immerhin liegen die Werte zwischen 40 und 50 %. Es mußte allerdings dieses Interesse schon geweckt werden. Man sieht sehr deutlich, daß im Vergleich zur Gesamtbevölkerung die DDR-Besucher sich deutlich stärker für diese ganzen Komplexe interessierten. Durch eine aktive Reisepolitik hätte man durchaus die Bindungen der Bundesdeutschen an die DDR fördern können, und das gilt auch noch für heute, denn wir haben auch heute noch einen erheblichen Teil an Bundesbürgern, die die neuen Bundesländer noch nie besucht haben. Die bessere Bewertung auf Grund persönlicher Kontakte ist übrigens typisch auch für andere Länder. Sie finden also grundsätzlich höheres Interesse, wenn der Betreffende das Land schon einmal besucht hat. Und das gilt auch für die vermerkten Informationsdefizite. Sowohl die Bundesdeutschen insgesamt als auch die DDR-Besucher vermerkten über die Zeit hinweg nennenswerte Informationsdefizite, was daran lag, daß auch die westdeutschen Journalisten erschwerten Zugang hatten oder, wenn sie den Zugang hatten zu entsprechenden Informationen, dann nur bedingt frei berichten konnten. Die Realverhältnisse sind somit in den Medien nur sehr bedingt wiedergegeben worden, aber meines Erachtens war auch der Blick der westdeutschen Journalisten etwas rosiger als der der DDR-Bevölkerung selber. Also zusammenfassend: Latentes Interesse der Bundesbürger an der damaligen DDR, aber eine geringe Bereitschaft, die Kenntnisse z. B. durch Reisen zu erweitern, die dann in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ja für jedermann möglich waren. Da gab es auch für Personen ohne Verwandte in der DDR Reisemöglichkeiten, diese

sind nicht entsprechend genutzt worden seitens der Bundesbürger. Selbst 1990, im Herbst 1990, war noch knapp die Hälfte der Bundesbürger noch nie in der DDR gewesen. Aber von den Ostdeutschen waren umgekehrt 97 % schon im Westen gewesen, also da hatten lediglich 3 % – meistens Ältere, die nicht mehr so reisefreudig waren – die Bundesrepublik nicht besucht. Umgekehrt lief das sehr viel langsamer an, und auch die Bereitschaft, in den nächsten 12 Monaten jeweils den anderen Teil Deutschlands zu besuchen, war mit 60 % bei den Ostdeutschen sehr viel stärker ausgeprägt als bei den Westdeutschen. Von denen hat nur ein Fünftel eine entsprechende Absicht geäußert. Der Wert für die Ostdeutschen war 1990 damit dreimal so hoch.

Jetzt noch etwas sehr Wichtiges. Wie haben die Ost- und die Westdeutschen sich gegenseitig gesehen? Hier ein Wert von 1990. Die Westdeutschen sehen die Ostdeutschen als obrigkeitshörig, leicht beeinflußbar, bescheiden, solidarisch, sich selbst hingegen als selbstbewußt, überheblich, demokratisch, fleißig und ehrgeizig. Der Witz ist, daß dieselben Positionen aber auch von den Ostdeutschen so geäußert werden. Sie sehen sich selber ebenfalls als bescheiden, leicht beeinflußbar, obrigkeitshörig, solidarisch, dazu noch politisch engagiert und die Westdeutschen auch als überheblich, selbstbewußt – das fleißig fehlt –, sie halten sie auch für geltungssüchtig, egoistisch und demokratisch. Wie gesagt, beide sehen Ost- und Westdeutsche zwar als unterschiedlich, das aber doch mit erheblicher Übereinstimmung an. Ein anderer Wert zur Grundeinstellung. Bei der Aussage, man sei schon immer der Meinung gewesen, der andere Teil Deutschlands sei Teil eines gemeinsamen Deutschlands, gab es 1990 relativ wenig Unterschiede zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen, 42 oder 40 %, aber ein anderes fremdes Land, das ist bis heute so, das sagen eben nur ein Fünftel der Westdeutschen und ein Sechstel der Ostdeutschen; man geht also davon aus, es kommt zur Verständigung. Allerdings hat die Systemidentifikation der Ostdeutschen in den Jahren zwischen 1990 und 1993 stark nachgelassen. Wir haben hier eine Akzeptanz des bundesdeutschen Systems mit 73 % in 1990 und nur noch 52 % in 1993; im Vergleich dazu der Wert für die westdeutsche Bevölkerung: Es sind 87 %, die, wenn auch zum Teil kritisch, das System bejahen. Und mit dieser veränderten Systemidentifikation geht eine verstärkte positive Akzeptanz des DDR-Systems im Rückblick Hand in Hand. Haben 1990 noch 29 % von sich selber gesagt, sie hätten dem System damals positiv gegenübergestanden, sind das in 1993 schon 43 %, also ein eindeutiges Indiz dafür, daß man jetzt, bei größerer Distanz zum bundesrepublikanischen System, die eigene frühere Einstellung zum DDR-System sehr viel positiver sieht, als das noch zum Zeitpunkt der deutschen Einheit der Fall war. Auch der Kommunismus lebt noch immer als eine gute Idee, die schlecht verwirklicht wurde: Immerhin 71 %, stabile Werte seit 1990. Während 1993 die persönlichen Beziehungen gegenüber der bundesdeutschen Bevölkerung sich weiter verbessert, die Kontakte sich vertieft haben, wird die Distanz zur Politik deutlich größer. 44 % der Westdeutschen, aber mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen waren im Jahre 1993 sehr besorgt, daß die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr dazu führt, daß viele Menschen auf der Verlierer-

seite des Lebens stehen. Die Ostdeutschen vermissen, das haben wir 1995 aus einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung erfahren, vor allen Dingen Sicherheit, soziale Fürsorge und entsprechende demokratische Rahmenbedingungen für diese Forderungen, während die Freiheitsrechte, die persönliche Freiheit nach wie vor für die Ostdeutschen eine nicht so wichtige Rolle spielen wie für die Westdeutschen. Diese ganze Entwicklung, diese Politikverdrossenheit, diese Distanz zum bundesdeutschen Politiksystem hat sich seither ständig in der Tendenz verstärkt. Das ist eine ernstzunehmende Entwicklung. Damit möchte ich schließen und bedanke mich für Ihr Interesse.

(Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Vielen Dank Frau Köhler für die Präsentation Ihrer Daten, die sich als eine gute Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Thomas verstehen lassen. Wir können diese als eine Grundlage für die gleich nun einsetzende Diskussion nutzen.

Ich hatte, meine Damen und Herren, darauf hingewiesen, daß ich einige wenige Bemerkungen zu dem Ablauf der heutigen Tagung machen möchte, einfach deshalb, weil das äußerst komplizierte und schwierige Thema der gegenseitigen Wahrnehmung natürlich auch von uns nur, aus verständlichen Gründen, selektiv behandelt und vorgetragen werden kann. Wahrnehmung ist und bleibt immer eine Selektion, weil wir die Komplexität des Politischen gar nicht voll erfassen können. Und gerade bei dieser Auswahl werden natürlich auch gewisse Schwachpunkte deutlich, daß bestimmte, ganz wesentliche Aspekte der gegenseitigen Wahrnehmungen hier gar nicht behandeln werden können. Zum Teil haben wir das allerdings schon in unserem ersten Bericht mit aufgenommen. Manches davon wird im zweiten noch zu berücksichtigen sein. Ich denke vor allen Dingen an das unsere Politik weit überschattende Problem der gegenseitigen Bedrohungen. Ein Phänomen, das bis in die Gegenwart hinein noch eine Rolle spielt, wenn ich an die Situation NATO-Öffnung nach Osten denke usw. Das kann hier gar nicht weiter vertieft werden. Das wäre ein solches Problem, und ich glaube, wir sollten uns im Zusammenhang mit den Wahrnehmungen im klaren darüber werden, daß gerade bei der gegenseitigen Wahrnehmung der beiden deutschen Staaten zunächst der grundsätzliche Unterschied darin besteht, daß wir es auf der einen Seite mit einer stark ausgeprägten nationalstaatlichen Betrachtungsweise zu tun gehabt haben und das vor den Hintergrund einer Demokratie im Bündnis, also pluralistisch unter Einbeziehung auch der Gesichtspunkte unserer Verbündeten. Auf der anderen Seite ein sehr stark ausgeprägtes monistisches Deutungsmuster, Resultante der ideologischen Perspektive, die zumindest auch bei Herrn Thomas immer wieder anklang. Bei den Wahrnehmungen sollte man generell vielleicht doch auch berücksichtigen, daß wir in der Bewertung sehr sehr vorsichtig sein müssen. Wenn man an bestimmte Publikationen der letzten Jahre erinnert, bei denen Überschriften im Hinblick auf Wahrnehmungsmuster der Vergangenheit u. a. lauten: „Galerie“ der entsprechend „Blamierten“ oder die „Lebenslüge der Bundesrepublik Deutschland“, da würde ich dringend davor warnen, so leicht-